Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7155

16. 05. 90

Antrag

der Abgeordneten Frau Beer und der Fraktion DIE GRÜNEN

Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern an die Türkei

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

— jegliche NATO-Verteidigungshilfe und Rüstungssonderhilfe an die Türkei einzustellen;

— jegliche allgemeine und besondere polizeiliche Ausstattungs- und Ausbildungshilfe für die türkische Polizei einzustellen;

— keine Aus- und Fortbildung türkischer Polizeiangehöriger mehr bei Behörden des Bundes zuzulassen und der Innenministerkonferenz zu empfehlen, eine solche auch bei Behörden der Länder nicht mehr zuzulassen;

— bundesdeutschen Firmen die Lieferung von Kriegswaffen und Rüstungsgütern jeder Art in die Türkei zu untersagen und die Firmen aufzufordern, kein Personal zu Ausbildungszwecken in die Türkei zu entsenden;

— Lieferungen von zivil und militärisch nutzbaren Gütern nur noch dann zuzulassen, wenn von türkischer Seite eindeutig nachgewiesen werden kann, daß diese Güter ausschließlich zivile Verwendung finden und nicht in andere Staaten weiterexportiert werden.

Bonn, den 15. Mai 1990

Frau Beer
Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

Begründung umseitig

Begründung

Die türkische Regierung und die türkischen Streitkräfte führen im eigenen Land Krieg gegen Teile der eigenen Bevölkerung, insbesondere gegen die Kurden und andere Minderheiten. Türkische Polizei und türkische Streitkräfte machen sich permanent schwerster Menschenrechtsverletzungen schuldig. Die Möglichkeit, daß aus der Bundesrepublik Deutschland gelieferte Waffen, Rüstungsgüter und Ausstattungen und von bundesdeutscher Seite ausgebildetes Personal dabei eingesetzt werden, ist nicht auszuschließen.

Desgleichen hat sich herausgestellt, daß aus der Türkei militärisch verwendbare Güter bundesdeutscher Herkunft in den Irak und nach Südafrika weiterexportiert wurden, so daß auf diese Weise bundesdeutsche Exportbeschränkungen umgangen wurden. Mit den o. g. Maßnahmen würde die Bundesregierung die begrüßenswerte Initiative der österreichischen Regierung, die österreichischen Firmen die Lieferung von Kriegsgerät in die Türkei verboten hat, aufgreifen.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333